



Private Altersvorsorge: Der Startschuss muss jetzt fallen

Die Reform der privaten Altersvorsorge drängt. Das Bundesfinanzministerium entwirft ein Gesetz, das die Expertenempfehlung für ein förderfähiges Altersvorsorgedepot umfasst. Dafür gibt es weltweit Vorbilder. Die Entscheidungsfindung in der Bundesregierung wird jedoch schwierig. Zugleich diskutieren CDU und Grüne über einen Staatsfonds im privaten Markt.

VON CVETELINA TODOROVA | LEITERIN ALTERSVORSORGEPOLITIK

Mit dem Start des Gesetzgebungsverfahrens zum Rentenpaket II macht die Bundesregierung den Weg für notwendige Reformen in der privaten und betrieblichen Altersvorsorge endlich frei.

Das Herzstück des Rentenpakets ist das Generationenkapital, eine kapitalgedeckte Komponente der gesetzlichen Rentenversicherung. Der Bund soll Bundesanleihen emittieren und das erhaltene Kapital weltweit anlegen, vor allem in Aktien. Das Modell setzt also darauf, dass die erzielte Aktienrendite langfristig über dem Zinssatz von Bundesanleihen liegt. Das Generationenkapital ist ein politischer Kompromiss,

denn die FDP konnte sich mit der ursprünglich von ihr vorgeschlagenen Aktienrente nach schwedischem Vorbild, die aus den Beiträgen der Versicherten finanziert wird, nicht durchsetzen.

Das Generationenkapital soll bis Mitte der 2030er Jahre einen Kapitalstock von mindestens 200 Milliarden Euro erreichen. Die erste Zuführung von 12 Milliarden Euro soll bereits in diesem Jahr erfolgen. Dieser Betrag soll jährlich um drei Prozent wachsen. Angesichts der riesigen Finanzierungsprobleme der gesetzlichen Rentenversicherung sind die Erträge aus dem Generationenkapital jedoch nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Umso dringlicher ist die Reform der privaten Altersvorsorge, damit die Menschen ihren Lebensstandard auch im Alter halten können. Die Empfehlungen der 2023 von der Bundesregierung eingesetzten „Fokusgruppe private Altersvorsorge“ gelten als Leitfaden für eine Reform, die darauf abzielt, Anlagemöglichkeiten mit höheren Renditen als die der Riester-Rente zu ermöglichen. Die Empfehlungen umfassen die Einführung eines förderfähigen Altersvorsorgedepots ohne Garantievorgaben, mit dem Sparer in Fonds und andere geeignete Anlageklassen investieren können. Auf dieser Grundlage will der Finanzminister in diesem Jahr einen Gesetzesvorschlag vorlegen.



Internationale Beispiele zeigen, dass diese Ansätze erfolgreich sind. Länder wie Frankreich, Irland, Australien, Kanada und die USA setzen bereits auf Altersvorsorgedepots, die ihren Bürgern eine breite Palette von Finanzinstrumenten und eine individuelle Zusammenstellung bieten. Zudem verzichten sie auf Garantieverpflichtungen und setzen auf hohe Flexibilität in der Auszahlphase. Diese Modelle könnten als Blaupause dienen, um auch in Deutschland geförderte Fondssparpläne für die Altersvorsorge zu etablieren.

In den kommenden Monaten wird sich zeigen, ob die Vorschläge der Fokusgruppe den Weg in die Gesetzgebung finden. Ein Blick hinter die politischen Kulissen aber zeigt: Gesetzesinitiativen stehen und fallen mit dem Konsens der Regierungsparteien. Die langwierigen Abstimmungen zwischen den Ressorts für Finanzen (BMF), Arbeit und Soziales (BMAS) sowie Wirtschaft (BMWK) lassen keine raschen Ergebnisse erwarten. Allerdings wird angesichts des allmählich näher rückenden Bundestagswahlkampfes die Zeit für lange Kompromissverhandlungen zu knapp.

Es ist an der Zeit, dass die Politik handelt und Reformen durchsetzt, die den Menschen eine effektive private Altersvorsorge bieten.

Währenddessen positioniert sich die CDU in der Opposition: Ausgerechnet die Partei der sozialen Marktwirtschaft schreckt vor staatlichen Eingriffen in den privaten Markt nicht mehr zurück. Teile der Partei treiben diesen Sinneswandel stark voran und fordern für das Wahlprogramm eine verpflichtende private Altersvorsorge mit einem staatlichen Standardprodukt. Insbesondere der hessische Landesverband und der sozialpolitische Flügel der CDU werben seit Jahren für die automatische Einbeziehung aller Beschäftigten in die sogenannte Deutschlandrente, einen staatlichen Standardfonds in der dritten Säule als Alternative zur Riester-Rente.

Auf der gleichen Linie liegen die Grünen. Auch sie fordern einen Staatsfonds in der privaten Altersvorsorge. Da sie jedoch lange Zeit einen Staatsfonds in der ersten Säule blockiert haben, lässt ihre Forderung für den privaten Markt eine andere Absicht vermuten: Das eigentliche Ziel dürfte die Umgehung der Vertriebswege und somit indirekt ein Angriff auf die Provisionsberatung sein.

Der BVI lehnt einen Staatsfonds ab, genau wie auch die große Mehrheit der Fokusgruppe, die klar davon abrät, diese Idee weiterzuverfolgen.

Doch während sich die Entscheidungsträger in endlosen Diskussionen verlieren, benötigen die Bürger schnell Lösungen für ihre Altersvorsorge. Die Zeit für halbherzige Kompromisse ist vorbei. Der Startschuss muss jetzt fallen. Es ist an der Zeit, dass die Politik handelt und Reformen durchsetzt, die den Menschen eine effektive private Altersvorsorge bieten. Diese Reformen können auch eine Blaupause für die EU sein. ■



Informationen zur aktuellen Entwicklung erhalten Sie unter www.bvi.de oder im **BVI direkt** für unsere Mitglieder.